

HANNES HOFBAUER, ANDREA KOMLOSY

Raus aus der Integrationsfalle! Überlegungen zu einer Welthauswirtschaft

Der Marxist und die Feministin – Ein Dialog

MARXIST: ... bleibt nur China. Dort existiert wenigstens noch eine politische Kontrolle über den Akkumulationsprozeß als Voraussetzung für eine Sozialisierung des ungeheuren Entwicklungsschubs, den das Land derzeit durchmacht. Acht- bis zwölfprozentige Steigerungsraten beim Bruttoinlandsprodukt in den neunziger Jahren sind wohl ein deutliches Indiz für rasantes Wachstum, und wohl-gemerkt: es findet unter einem politischen Primat statt, unter der Kontrolle einer sozialistischen Partei.

FEMINISTIN: China als sozialistisches Land zu bezeichnen! Das zeigt doch wohl, wie sehr der große Traum vom Sozialismus zu einem Alptraum geworden ist. Da brauchen wir gar nicht vom eklatanten Mangel an Demokratie zu sprechen, der bis zur staatlich verordneten Geburtenkontrolle reicht. Die ökonomische Entwicklung in China läuft wie jeder Prozeß einer primitiven, ursprünglichen Akkumulation ab. Auch kapitalistische Staaten wie England oder Frankreich oder Deutschland haben immer wieder die ökonomische Entwicklung mit gesetzlichen Rahmenbedingungen unterstützt. Ursprüngliche Akkumulation hatte in der Geschichte nie etwas mit Sozialismus zu tun. Da sehe ich noch eher jede afrikanische Dorfgemeinschaft als sozialistisch an, wo Familien – in vielen Fällen unter der Dominanz von Frauen – ihre subsistente Ökonomie leben, ohne vom Weltmarkt abhängig zu sein. Die leben einfach von dem, was die Erde vor der Haustüre hergibt.

MARXIST: Ha! Noch ein Alptraum, das Leben der Buschmenschen als sozialistisch zu interpretieren! Demnächst kommst Du daher und erzählst uns, daß der Feudalismus im Vergleich zur Eisenzeit ein historischer Rückschritt gewesen sei, ganz zu schweigen vom Kapitalismus, der die feudalen Fesseln gesprengt hat ...

FEMINISTIN (spitz): Nicht zu falsch, diese Interpretation.

MARXIST: Bleiben wir seriös. Ich gebe zu, mit meinem vorbildhaften sozialistischen China-Modell etwas übertrieben zu haben. Das China des Jahres 1998 hat in Wahrheit verdammt wenig bis gar nichts mit Sozialismus zu tun. Aber: nichtsdestotrotz – ökonomisches Wachstum ist eine Bedingung für menschliche Wohlfahrt. Und weil Wachstum heutzutage nur im Weltmaßstab möglich ist und nur unter Einbeziehung der modernsten technologischen Sektoren, können wir unsere Augen nicht vor den Implikationen der Weltwirtschaft verschließen.

FEMINISTIN: Niemand fordert Dich auf, dies zu tun. Aber man muß

Andrea Komlosy – Jg. 1957, ist Historikerin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, beschäftigt sich insbesondere mit den Problemen ungleicher regionaler Entwicklungen; zuletzt erschienen »Kulturen an der Grenze. Waldviertel-Weinviertel-Südmähren-Südböhmen« (Hg.), Wien 1995; »Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft« (Hg.) Frankfurt/M. 1997.

die aktuellen Prozesse der Globalisierung deshalb noch lange nicht als fortschrittlich begreifen. Ich gestehe, auch mein Beispiel von Frauen-dominierten Haushalten in Afrika ist weit von meinen Träumen entfernt, wie Sozialismus auszuschauen hätte. Aber: Das Konzept nachholender Entwicklung, wie es letztlich im Kern der realsozialistischen Wirtschaftsdoktrinen zu finden war, ist gescheitert. Und es wird auch in China scheitern. Zur Zeit wird eine beträchtliche Anzahl von Menschen in Osteuropa zunehmend marginalisiert. Im Zuge der Globalisierung werden ganze Kontinente wie Afrika und ganze Großregionen aus der Entwicklung ausgeschlossen. Um vor diesem Hintergrund soziale und politische Souveränität wieder erlangen zu können, braucht es eine neue ökonomische Basis. Und deshalb plädiere ich für kleinräumige subsistente Wirtschaftsformen, um die Krise überhaupt überleben zu können.

MARXIST: Sogar für ein solch surreales Konzept von Sozialismus braucht es soziale und politische Macht. Keine Region, keine ethnische Gruppe, und schon gar keine Familie kann sich ein eigenes soziales Paradies bauen im Angesicht der globalen kapitalistischen Weltwirtschaft. Um dieses Monster zu bekämpfen, plädiere ich für eine sozialistische Weltregierung.

Im folgenden wollen wir ein mögliches Konzept einer linken Strategie als eine Art Synthese der oben plakativ angesprochenen marxistischen und feministischen Positionen vorstellen.

Tendenzen der Globalisierung

Kapitalismus fand schon immer jenseits nationalstaatlicher Grenzen statt; ja, die Überwindung regionaler und nationaler Grenzen ist geradezu ein konstitutives Element dieser seit dem 16. Jahrhundert die Welt bestimmenden Produktionsweise; jede Akkumulation braucht ein Mix an sozialen, regionalen und kulturellen Ungleichzeitigkeiten. Darauf bauen Expansion im militärischen sowie Globalisierung im ökonomischen. Wo bleibt also das Neue am Prozeß der Globalisierung, wie es aktuell von allen Seiten konstatiert wird?

Begonnen hat dieser neueste Globalisierungsschub Anfang der siebziger Jahre, als die Nachkriegskonjunktur ihren Plafond erreicht hatte und sich bislang im Wiederaufbau engagiertes Kapital auf die Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten machte. Die einsetzende wirtschaftliche Abschwungphase fand also im Gefolge einer Überproduktionskrise statt. Als Antwort auf die Krise wurden Gegenstrategien auf drei Ebenen entwickelt:

Technologische und administrative Rationalisierungen sollten die Kosten der Produktion senken helfen; im Zuge einer *Neuen Internationalen Arbeitsteilung* wurden ausgereifte Fertigungsschritte in Billiglohnländer transferiert bzw. brachte man die »Dritte Welt« in Form rasch importierter bäuerlicher »Überschußbevölkerung« aus der Türkei, Jugoslawien und dem Maghreb nach Nordwesteuropa, aus Mexico in die USA und aus Korea nach Japan; und drittens: das trotz aller Rationalisierungs- und Verlagerungsschritte wenig profitable Investitionskapital verlagerte seine Interessen auf den Finanzsektor, wo kurz- und mittelfristige *Spekulationen* lukrativer als Investment erschienen.

Hannes Hofbauer – Jg. 1955, ist Historiker, derzeit als Journalist und Verleger tätig, beschäftigt sich mit osteuropäischer Wirtschaftsgeschichte und -politik; von ihm erschien zuletzt gemeinsam mit Viorel Roman »Transsilvanien-Siebenbürgen. Begegnung der Völker am Kreuzweg der Reiche« Wien 1996.

Der hier publizierte Artikel ist eine überarbeitete Version des auf der Konferenz »Neoliberalism versus social welfare: new international strategies for the left« der linkssozialistischen Zeitschrift »Eszmélet« Anfang November 1997 in Budapest vorgestellten Beitrages.

»Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben«

Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 529.

»Nach allem, was wir hören und lesen, ist es klar, daß die Menschen in der letzten Periode der Zivilisation in bezug auf die Erzeugung von Waren in einen circulus vitiosus ... geraten waren. Sie hatten ... ein sehr fein ausgearbeitetes System des Kaufs und Verkaufs geschaffen, welches man den Weltmarkt nannte, und dieser Weltmarkt zwang sie, immer mehr von diesen Waren zu erzeugen, einerlei, ob sie gebraucht wurden oder nicht ...«

William Morris: Kunde von Nirgendwo. Eine Utopie der vollendeten kommunistischen Gesellschaft und Kultur aus dem Jahre 1890, Köln 1974, S. 129f.

»Dritte Welt« war spätestens Mitte der siebziger Jahre kein Synonym mehr für Agrarkolonien und Rohstofflieferanten. Im Zuge einer regionalen Ausdifferenzierung wurden Teile des Südens vor allem in Lateinamerika und Südostasien industrialisiert. Als Konsequenz änderte sich die Beziehung zwischen Zentralräumen und Peripherien. Zentren und Peripherien verschwanden dabei keineswegs, im Gegenteil: sie multiplizierten sich und wurden kleinräumiger. *Diesen Prozeß nennen wir Globalisierung.* Die Vervielfachung von Zentren und Peripherien auf kleinem Maßstab bis auf die Ebene von Regionen und städtischen Agglomerationen auch im Norden verursachte freilich ein Mehr an Konfliktfeldern – sowohl im Süden wie auch im Norden.

Während nämlich niedrigbezahlte industrielle Arbeitsschritte mehr und mehr in Weltmarktfabriken in Asien und Lateinamerika verlegt wurden, brach billige Lohnarbeit gleichzeitig in die Zentren ein. Mitten in New York und London fanden sich bald vergleichbare Arbeitsbedingungen wie in Sao Paulo, Mexiko City oder Seoul. In Städten wie Hongkong manifestierte sich die Arbeitsteilung in betriebswirtschaftlicher, bezirksmäßiger und ethnischer Hinsicht am perfekten. Mit einem Satz: Industrialisierung verlagerte sich auch in bestimmte Länder der »Dritten Welt«, periphere Produktionsverhältnisse und marginalisierte Lebensbedingungen kehrten in die Zentren zurück.

Die Auswirkungen sind drastisch: Das Ende des Fordismus, geprägt durch Massenproduktion und Massenkonsumtion, führt auch zu einer Rücknahme des Wohlfahrtsstaates in den alten westeuropäischen Zentralräumen. Post festum stellt sich nun heraus, daß die Beteiligung der Arbeiterklasse an den ökonomischen Überschüssen, die via Lohnerhöhungen und Kaufkraft sowie ein hohes Maß an sozialer Sicherheit abgelaufen ist, eine Begleiterscheinung der wiederaufbauorientierten Nachkriegskonjunktur gewesen war. Als zudem 1989 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und 1991 mit der Auflösung des RGW und des Warschauer Paktes die politische und militärische Systemkonkurrenz vom Erdboden verschwand, konnte die brutale Durchsetzung postfordistischer ökonomischer Rationalität auch von gewerkschaftlicher oder sozialdemokratischer Seite nicht mehr gebremst werden. Die technologische Revolution der Digitalisierung tat ein übriges: Die profitträchtigsten Branchen im Kommunikationssektor sind nun weniger auf Massenproduktion und Massennachfrage angewiesen, die Beschleunigung der Nachfrage ist ihnen mindestens so profitabel wie die räumliche Expansion. Das Schlagwort von der Zerschlagung des Raums begleitet die neuesten realen Akkumulationsprozesse philosophisch. In der fortgesetzten Kommodifizierung (Zur-Ware-Werdung) von kommunikativen Vorgängen wird die Zeit zum Objekt der Verwertung. Kapitalistische Ausdehnung ist somit immer weniger nur räumlich zu fassen.

Opfer dieser Globalisierung sind vor allem die Interessengemeinschaften der auf Massennachfrage orientierten Volkswirtschaften, die Gewerkschaften und ihre zu Kunden degradierten Mitglieder, die Arbeiter/innen. Sobald es keine ökonomisch zwingende Notwendigkeit mehr gibt, die Produzentinnen und Produ-

zenten am Konsum der von ihnen erzeugten Produkte adäquat teilhaben zu lassen, wandert die Arbeiterbewegung in ihrer hauptsächlichsten Ausprägung als Gewerkschaft ins historische Museum. Freilich gab es auch im blühendsten Fordismus eine Reihe von profitablen Branchen, die nicht durch Massen-, sondern durch Staatsnachfrage expandierten, wie beispielsweise die militärischen Komplexe; im Zeitalter des digitalisierten Dienstleistungssektors kann jedoch fehlende Massennachfrage durch beschleunigte Nachfrage einzelner gesellschaftlicher Sektoren kompensiert werden. Dies führt im freien Markt zwangsläufig zu einer – auch technologisch bedingten – sozialen Diversifizierung mit neuen Elitenbildungen und alten Mustern von Verelendung.

Als Transmissionsriemen fungiert – Ironie des sozialen Ausgleichs – die Informalisierung der Produktion, auch und vor allem in den Zentren. Informalisierung der Produktion heißt Ausdehnung des »grauen Sektors« der Ökonomie. Im Klartext: Kostensenkung für den Investor, indem Stammebelegschaften abgebaut und die immer kleiner werdenden Teilschritte der Herstellung an Subkontraktnehmer verlagert werden. Im Extremfall bedeutet dies das Ende der sozial abgesicherten unselbständigen Beschäftigung, wie sie in den Zentren des Weltwirtschaftssystems seit Beginn der Industrialisierung um sich griff und es mit der Arbeiterbewegung sogar zur achtenswerten gesellschaftlichen Kategorie brachte. Dieser »Abschied vom Proletariat«, wie ihn André Gorz postuliert hat, erklärt auch den Hang so manches Traditionslinken in rosa oder rot gefärbter Wolle zur Verklärung fordistischer Produktions- und Konsumtionsverhältnisse, die gleichwohl ideologisch sowohl von historisch-strukturalistischer Seite als auch von der Frankfurter Schule längst als herrschaftsstabilisierend erklärt worden waren.

Informalisierung bedeutet aber auch den schleichenden Verlust von Kontrolle staatlicher Administration über ökonomische Prozesse. Obwohl diese Kontrolle im Kapitalismus freilich immer nur partiell sein konnte, zeichnete sich doch in der fordistischen Ära so etwas wie Partnerschaft zwischen Kapital und Staat ab, die – vermittelt über die relative Stärke der Gewerkschaft – in Nord (west)- und Mitteleuropa zur Sozialpartnerschaft avancierte. Diese gewährleistete, daß Produktivitätssteigerungen den Lohnabhängigen in Form von Lohnzuwächsen zugute kamen und der Konsum seinerseits zu einem Motor des wirtschaftlichen Wachstums wurde. Mit der Ausweitung des informellen Sektors in allerlei Produktions- und Dienstleistungsbranchen hört der Vertretungsanspruch von lohnabhängigen Produzenten und Dienstleistern im gewerkschaftlichen Feld auf, weil schlicht das Bewußtsein als abhängig Beschäftigter diffundiert; und im staatlichen Feld, weil die »Vergrauung« der Ökonomie dem Staat Steuerleistungen entzieht und die Befriedigung sozialer Ansprüche in den privaten Bereich verweist.

Vervielfachte Marginalisierung

Die Anzahl der Ausgegrenzten wächst indes überall auf der Welt, und zwar in räumlicher, sozialer, nationaler und geschlechtlicher Hinsicht. Räumlich gesehen verliert eine Reihe von Regionen den

»Das moderne Phänomen der Unfähigkeit, von den persönlichen Gaben des Menschen, den Gütern der Gemeinschaft und den Ressourcen der Umwelt autonomen Gebrauch zu machen, infiziert alle Bereiche des Lebens, wo eine von Experten geplante Ware einen kulturell geformten Gebrauchswert verdrängt. Die Möglichkeit, außerhalb des Marktes persönliche und soziale Befriedigung zu erfahren, wird dadurch vernichtet. So etwa bin ich arm, wenn der Gebrauchswert meiner Füße verloren geht, weil ich in Los Angeles lebe oder im 30. Stock eines Wolkenkratzers arbeite.«

Ivan Illich: Fortschrittsmythen, Hamburg 1978, S. 8.

»Überleben wird die Menschheit nur, wenn es ihr gelingt, die Bevölkerungslawine aufzuhalten, dem Wirtschaftswachstum Grenzen zu setzen, die Natur vor den schädlichen Nebenwirkungen der industriellen Produktion zu schützen, äußerst sparsam mit den natürlichen Ressourcen, besonders den nichtregenerierbaren Roh- und Brennstoffen umzugehen, das soziale Gefälle zwischen Nord und Süd rigoros einzuebrennen und die allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen.«

Wolfgang Harich: Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der 'Club of Rome', Hamburg 1977, S. 109.

Anschluß an die zentralen Verwertungsbedingungen und -chancen im kapitalistischen Weltsystem. Absterbende alte Industriestandorte in West- und Osteuropa befinden sich genauso darunter wie traditionelle Agrarregionen. Auch innerhalb der sogenannten Global Cities entstehen Armutsbezirke und Ghettos, die in unzulänglicher bis zerstörter Infrastruktur und sozialer Marginalisierung der Bewohner/innen zum Ausdruck kommen.

Soziale Ausgrenzung betrifft zunehmend auch die absteigende bürgerliche und die erst vor kurzem aufgestiegene sozialdemokratische Mittelschicht, parallel zum Abschwung der gewerblichen und industriellen Produktion sowie zur »Verschlankung« des Staates, der altgediente Bürokraten in die Wüste schickt. Neue Mittelstandsschichten, die ihr Dasein dem digitalisierten Dienstleistungssektor verdanken – wie z.B. Unternehmensberater, »p.r.«-Leute, Graphiker, Medienmenschen, Anwalts- und Steuerkanzleien –, brechen sich Bahn. Ihr postfordistisches Konsumverhalten ist von der biologisch bewußten Ernährung über die Privatschule für ihre Kinder bis zur revitalisierenden Übernahme bestimmter Innenstadtbezirke elitär geprägt. Hier entsteht ein großer Teil der Nachfrage nach den Produkten der neuen Wachstumsbranchen sowie den Leistungen des informellen Sektors.

Als Folge der Zunahme räumlicher Disparitäten beobachten wir eine *Ethnisierung sozialer Konflikte*. Ökonomisch peripherisierte Räume neigen zur Betonung bzw. Entdeckung nationaler Identitäten, sowohl in aktiver wie in passiver Hinsicht. Aktiv, indem massenhaft Marginalisierte ihren Verlust sozialer Identität mit einer nationalen kompensieren: Führer für den verzweifelten Versuch, die nationale Rhetorik in politische Programmatik umzusetzen, finden sich allemal. Bestes, d.h. schlechtestes Beispiel dafür ist die post-jugoslawische Gesellschaft mit ihren nationalen Phantasien slowenischer, kroatischer, serbischer, muslimisch-bosnischer, serbo-krainischer, kroato-herzegowinischer, mazedonischer, albanischer, montenegrinischer und demnächst womöglich voivodinischer und istrischer Provenienz. Passiv kommt die Ethnisierung sozialer Konflikte im Gewand westlicher Diplomatie und internationaler Finanzorganisationen daher, die nach dem ökonomischen und politischen Zusammenbruch in Osteuropa die Frage nationaler Autonomien zum demokratischen und budgetären Prüfstein erhoben haben. Perfektes oder besser gesagt: schrecklichstes Beispiel auch hier die Anerkennungspolitik und später sogar Interventionspolitik des Westens in Jugoslawien.

Geschlechtliche Ausgrenzung verläuft nicht bloß nach dem bewährten patriarchalen Muster, wonach Frauen überall auf der Welt die Folgen gesellschaftlicher Polarisierung stärker als Männer verspüren. Zunehmend müssen wir auch Polarisierungsprozesse zwischen Frauen ins Kalkül ziehen, wie sie auf der UNO-Frauenkonferenz in Peking ausführlich zur Sprache kamen.

Hintergrund vieler Ausgrenzungsprozesse bildet die verschärfte *Standortkonkurrenz* im weltweiten Wettbewerb. Mit der verstärkten Konkurrenz um möglichst hochrangige Investitionen und möglichst hoch bezahlte Arbeitsplätze geht politische und kulturelle Interventionsfähigkeit zunehmend verloren. Alles, von der infra-

strukturellen Ausstattung und räumlichen Erreichbarkeit bis zur kulturbedingten Stellung der Frau im Alltag, wird so zum Standortvorteil bzw. Standortnachteil. Die mittels Digitalisierungen in aller kleinste Einheiten zerlegten Arbeitsschritte bilden damit auch die technologische Grundlage für gesellschaftliche Polarisierungen, die am Einkommen, im Wohnort, am Konsum, den Ausbildungschancen und der Mobilität zum Ausdruck kommen. Aus hochkomplexen Produktionsschritten isolierbare Arbeitsteilungen können so auf die Suche nach dem günstigsten Produktionsort gehen, der – entgegen den Einflüsterungen der Computerindustrie – nicht virtuell, sondern sehr real ist. Denn der oder die Arbeiter/in isst, trinkt, schläft, kleidet sich, hat gesellschaftliche Kontakte und muß all diese Bedürfnisse – wie kommodifiziert auch immer – befriedigen.

Die ökonomischen Polarisierungen werden von *politischen Grenzziehungen* begleitet. Wie schnell Peripherie hergestellt werden kann, zeigt sich am Beispiel des ehemaligen Ostblocks. Dort werden in Windeseile neue Grenzziehungen – entsprechend den Erfordernissen zu erwartender westlicher Investitionen oder der günstigen Ausplünderung von Rohstofflagerstätten – vorgenommen: zwischen den baltischen Staaten und Rußland, der Ukraine und Rußland, Moldawien und der Ukraine, innerhalb Jugoslawiens, zwischen der Slowakei und Tschechien ... um nur die europäische Seite des ehemaligen RGW in Erinnerung zu rufen. Die gleichzeitig sich selektiv vertiefende Integration in Westeuropa vergrößert das Gefälle zwischen den beiden Kontinenthälften sowohl in geopolitischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Der neue Vorhang zwischen Europäischer Union und den östlich davon gelegenen Peripherien funktioniert anders als der »Eiserne Vorhang«: er operiert mit selektiver Durchlässigkeit im Handels-, Kapital-, Rohstoff-, Dienstleistungs- und Arbeitsmarktbereich. Dem Bedarf der Westmärkte folgend, wird die grenzenlose Freiheit streng quotiert. Die vorhandene politische Interventionsfähigkeit des Zentralraumes Europäische Union zeigt sich nicht zuletzt an der Operationalität ihres Grenzregimes.

Daß dieses in letzter Konsequenz militärisch abgesichert werden muß, verwundert nicht. Dafür sind NATO und Westeuropäische Union dabei, schnell und flexibel einsetzbare Eingreiftruppen aufzustellen, die auf Interventionen in peripheren Regionen getrimmt werden. Insbesondere Versuche von Abkoppelung oder regionaler Integration außerhalb der Zentralräume werden dabei aufs Korn genommen. Nicht zuletzt deshalb standen und stehen westeuropäische und nordamerikanische Militärs in den neunziger Jahren im Einsatz in Ex-Jugoslawien und einer Reihe arabischer Länder, allen voran dem Irak.

Reaktionen auf Ausgrenzung und Marginalisierung

Die häufigste Antwort auf Marginalisierung und Ausgrenzung bestand in der Forderung nach Integration: räumlich im Sinne nationaler Unabhängigkeitsbewegungen und sozial als Arbeiterbewegung. Diese Hoffnung auf Beteiligung an den Früchten der internationalen Arbeitsteilung führte zu einer ganzen Reihe von

»Die verschiedenen Lebensbereiche – Arbeit, Bildung, Wohnen, Erholung – sind so weit auseinandergetreten, fast alle Tätigkeiten so weit entpersönlicht, selbst die privaten Bindungen so vieler Notwendigkeiten beraubt, daß die Entfremdung des Menschen vom Menschen zum allgemeinen Schicksal zu werden droht.«

Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln, Frankfurt/M. 1977, S. 309.

»Ein langfristiges Ziel kann nur eine drastische Reduzierung des Transports überhaupt sein.«

Otto Ulrich: Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems, Berlin 1979, S.115.

nachholenden Entwicklungsmodellen, die meist in den Zentren ersonnen wurden, um in den Peripherien Anhänger zu finden. Wir postulieren, daß es keine Chance für die Ausgegrenzten und Marginalisierten in ihrer Gesamtheit gibt, innerhalb einer kapitalistischen Weltwirtschaft ihren peripheren Status zu überwinden. Allenfalls einige Regionen bzw. bestimmte gesellschaftliche Gruppen in einer spezifischen Region können so etwas wie gesellschaftlichen Aufstieg unter den herrschenden Akkumulationsbedingungen erreichen. Integration im Sinne einer nachholenden Entwicklung ist deshalb nicht möglich, weil es sich bei den integrationswilligen Regionen, Staaten oder Klassen in aller Regel nicht um rückständige, sondern eben um *peripherisierte* handelt. Und Peripherien sind entweder selektiv über die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft in den Weltmarkt integriert oder sie stehen außerhalb, was allerdings nicht bedeutet, daß sie von den weltökonomischen Krisen nicht tangiert werden. Sie befinden sich vielmehr in einer Warteposition, ständig bereit, im Falle von Produktions-, Rohstoff- und Arbeitskräftebedarf Teilbereiche ihrer Ökonomie in die Weltwirtschaft zu integrieren. Der Grad von Integration bzw. Ausschluß aus dem System der internationalen Arbeitsteilung ergibt sich aus den Akkumulationszyklen in den Zentren USA, EU und Japan, den technologischen Erfordernissen und der damit in Verbindung stehenden Nachfrage nach billiger Arbeitskraft.

Im Moment ist die Weltwirtschaft nicht von einer räumlichen Expansionsphase, sondern von einer Kontraktion geprägt. Dies entspricht den Versuchen, die Überproduktionskrise im Gefolge der Nachkriegskonjunktur mit Rationalisierungen und technologischen Innovationen zu überwinden. Globalisierung geht mit einer Selektion und Fragmentierung, sowohl in räumlicher als auch in sozialer Hinsicht, einher.

Worin zerfällt nun diese globalisierte Welt in sozialer Hinsicht? An der Spitze der Pyramide befinden sich die kleiner werdenden Kerne sozial abgesicherter und mit hohem Einkommen gesegneten Arbeitsplätze – meist, aber nicht ausschließlich in den Metropolen des Nordens gelegen. Postindustrielle Sektoren wie Kommunikation, Gentechnologie und Dienstleistungen auf digitalisierter Basis bilden die Branchengrundlage dafür. Dazu kommen für die Zentren überlebenswichtige Bereiche wie Justiz und Militär, die – gegenläufig zum allgemeinen Trend eines »schlanker« werdenden Staates – sowohl in Westeuropa wie in Nordamerika expandieren. Die Konkurrenz um einen Arbeitsplatz in diesen gut bezahlten und hoch abgesicherten Bereichen ist groß; wer hier nicht unterkommt, muß mit weniger Lohn und Sicherheit in ausgelagerten und zunehmend flexibilisierten Sektoren Vorlieb nehmen, die sich preislich gegenseitig mit Offerten für Zulieferaufträge an die Leitunternehmen unterbieten.

Rund um die postindustriellen Kerne findet *soziale Entwertung* sowohl im Agrarsektor wie in der industriellen und gewerblichen Produktion statt. Infolge der raschen De-Industrialisierung ganzer Regionen und Länder reift hier ein Potential an unbrauchbar bzw. überflüssig gemachten Menschen, das eine allgemeine Bedrohung darstellt.

»Es ist einfach nicht wahr, daß der Kapitalismus als historisches System einen Fortschritt gegenüber Systemen darstellt, die er zerstört oder transformiert.«

Immanuel Wallerstein: Der historische Kapitalismus, Berlin 1984, S. 86.

Informalisierte Arbeitsplätze bilden einen – oft zeitlich begrenzten – Ausweg aus der individuellen Misere. In sogenannten Schwitzbuden (sweat-shops) wird ungeregelt und ohne soziale Sicherheit – tatsächlich im Schweiß des Angesichts und für einen Hungerlohn – für den Weltmarkt produziert. Schwitzbuden gibt es bereits beinahe überall. Straßenhandel vor allem im Süden und Osten sowie informelle Tätigkeiten gesellen sich als »Auswege« dazu.

Stark im Kommen sind auch alle möglichen Arten der *Subsistenzproduktion*, sowohl in städtischen Agglomerationen als auch am flachen Land. Unter postfordistischer bzw. postkommunistischer Subsistenzproduktion verstehen wir zweierlei. Zum einen die unfreiwillige Abkoppelung verwertungsmäßig nicht oder nur sehr beschränkt nutzbarer Produzentinnen und Produzenten, die aufgrund von Rationalisierungen im Westen und De-Industrialisierungen im Osten den Anteil selbst erzeugter Güter drastisch erhöhen müssen, um überleben zu können. Zum anderen steht Subsistenzproduktion auch für jenen Teil gesellschaftlicher Arbeit, die unbezahlt, jedoch notwendig ist, um Lohnarbeit billig zu halten. Hausfrauen und Großeltern bilden dabei ein soziales Netz für die ausbeutbare Tätigkeit der 20 bis 50jährigen Lohnarbeiter/innen. Der vermehrte Einbruch von Subsistenzarbeit in die Ökonomien des Nordens – in Teilen des Südens war die Rationalität der Subsistenzarbeit als ursprüngliche »moralische Ökonomie« nie ganz gebrochen worden – ist ein Krisenindikator für die Selektivität des kapitalistischen Akkumulationsregimes und gleichzeitig ein möglicher Hinweis auf die Überwindung der Krise. Wenn unbrauchbar gewordene ehemalige industrielle Produzentinnen und Produzenten zur subsistenten Überlebensstrategie zurückfinden, dann entlastet das die entsprechenden Staatsbudgets und nimmt den sozialen Druck von den Profiteuren der neoliberalistischen Globalisierung. Umgekehrt wäre eine Beispielwirkung subsistenter Lebensweise für die Hegemonie kapitalistischer Produktionsweise im Kern gefährlich. Die Wiedereinrichtung einer moralischen Lebensweise würde denkbar.

Wünschenswerte Integration?

Strukturelle Arbeitslosigkeit, die Ausweitung des informellen Sektors und die Wiederkehr der Subsistenzarbeit stellen Formen einer unfreiwilligen Abkoppelung vom Weltmarkt dar; und damit eine Abkehr von den Versprechen sozialer Sicherheit und Wohlfahrt, die für die meisten Menschen der Welt ohnedies immer unerreichbar geblieben sind. Die Hauptstoßrichtung linker und gewerkschaftlicher Politik in den Zentren beschränkt sich nichtsdestoweniger auf die Abwehr dieser Abkoppelung. Teilnahme am kapitalistischen Akkumulationsmodell lautet – den historischen Erfahrungen zum Trotz – die Devise. Wir stellen die Frage einmal anders: Kann diese unfreiwillige Abkoppelung Ausgangspunkt für selbstbestimmtes Wirtschaften in regionalen Kreisläufen sein? Oder: Was kommt nach der Erkenntnis, daß das fordistische Integrationsmuster (wie übrigens auch das kommunistische Modell in Osteuropa) in eine Falle geführt hat?

»Für unsere Zukunftsperspektive ... geht es nicht darum, alle Subsistenzproduktion in Lohnarbeit bzw. Warenproduktion zu verwandeln. ... Es muß vielmehr darum gehen, daß Subsistenzproduktion, die Produktion des Lebens, aus den Fängen des Polypen Kapital zu befreien und Autonomie über unsere Körper und unser Leben zurückzugewinnen.«

Maria Mies: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 6. Jg (1983), Heft 9/10, S. 118.

»Potentielle Träger für solche im Prinzip regional-dissoziativen und ›arbeitsorientierten‹ Entwicklungswege können nur diejenigen sein, die derartige Entwicklungswege in Ansätzen bereits praktizieren oder aufgrund ihrer ökonomisch-politischen Situation als erste zu entwickeln gezwungen sind (z.B. indem sie in die Subsistenzwirtschaft ausweichen).«

Claudia von Werlhof: Wenn die Bauern wiederkommen. Frauen, Arbeit und Agrobusiness in Venezuela, Bremen 1985, S. 26.

»Die Arbeits- und Umweltbedingungen des ›Südens‹ werden in den ›Norden‹ hineingetragen, während einige hunderttausend Menschen im ›Süden‹ an der weltweiten Produktion von Billigprodukten beteiligt werden, die sowohl im Norden als auch im Süden konsumiert werden. Die Heterogenisierungstendenz setzt sich so bis in alle lokalen Bedingungen aller weltweit vorhandenen Produktionsmöglichkeiten durch.«

Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 63.

»Der Graben zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern wird sich über alle fünf Kontinente erstrecken und zu einem noch radikaleren Bruch zwischen solchen Ländern führen, deren wirtschaftliche Aktivitäten größtenteils im Rahmen der Echtzeit der virtuellen Gemeinschaft der globalen Stadt stattfinden, und jenen Ländern, die, ärmer als je zuvor, weiterhin im Realraum der lokalen Städte verweilen.«

Paul Virilio: Fluchtgeschwindigkeit, München-Wien 1996, S. 100f.

Einmal in der Integrationsfalle gefangen, bleibt jede politische Perspektive auf die Kategorie des ökonomischen Wachstums beschränkt, mit dessen Hilfe man Verteilungsfragen angeblich besser regeln könne. Der kapitalistischen Logik entsprechend geschieht dies vor dem Hintergrund entfremdeter Lohnarbeit und einer durch und durch kommodifizierten Gesellschaft. Die weltweite Konkurrenz von Standorten scheint auch peripheren Regionen Chancen einzuräumen, wenn diese nur ihren hauptsächlichlichen komparativen Kostenvorteil nützen: die billige Arbeitskraft und die kostengünstige Beschaffung von industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffen.

Davon ausgehend, daß Integration in den globalen Wettlauf für Peripherien weder Entwicklung noch Frieden bringen kann, also nicht realistisch und deshalb auch nicht wünschenswert ist, diskutieren wir eine Alternative. Selbst wenn Abkoppelung aus Weltmarktzusammenhängen eher unfreiwillig als politisch oder gar ökonomisch geplant passiert, könnten wir diesen *Prozeß als Möglichkeit begreifen, soziale Marginalisierung und regionale Peripherisierung zu überwinden* und parallel zum dominierenden kapitalistischen Akkumulationsmodell wirtschaftliche Souveränität zu gewinnen.

Das Ziel eines selbstbestimmten linken gesellschaftlichen Projektes ist – sowohl auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene – die (Wieder)Gewinnung des sozialen und politischen Primats über wirtschaftliche Prozesse. Die Hauptregel für dieses Unterfangen wollen wir *ökonomische Subsidiarität* nennen. Wirtschaftliche Kreisläufe sollen auf der kleinstmöglichen Einheit realisiert werden: das bedeutet *Priorität der Hauswirtschaft über Marktwirtschaft, lokale Marktproduktion vor regionaler und diese wiederum vor nationaler*. Produktion für den nationalen Markt ist jener für den Weltmarkt vorzuziehen; all das abgestimmt auf den jeweiligen räumlichen und vertretbaren technischen Aufwand in den unterschiedlichen Branchen. Ökonomische Subsidiarität als das Gegenteil von politischer Subsidiarität, die das ökonomische Primat anerkennt und vor allem von christlich-konservativen Kreisen gefördert wird, schließt die *Vorrangigkeit von Gebrauchswertproduktion über Tauschwertproduktion* mit ein, bevorzugt das Produkt vor der Ware.

Das impliziert:

- ein Plädoyer für Hauswirtschaft anstatt den Forderungen nach Wachstum in möglichst großräumig arbeitsteilig angelegten wirtschaftlichen Kreisläufen.
- selbstbestimmtes Wirtschaften auf regionaler anstatt auf nationaler Ebene, was die verwendeten Rohstoffe, Arbeitskraft, Technologien, Märkte etc. betrifft.
- Priorität für staatliche ökonomische Souveränität gegenüber der globalisierten Standortkonkurrenz.
- Das Resultat dieser Art ökonomischer Subsidiarität wäre die Etablierung einer *Welthauswirtschaft*. Eine Welthauswirtschaft versteht sich vom Konzept her als Alternative zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO), wie sie in den siebziger Jahren durch die Gruppe der Nichtpaktgebundenen gefordert wurde.

Dieses in erster Linie von Jugoslawien, Indien und Indonesien vertretene Modell scheiterte bekanntlich daran, daß die führenden Industrieländer nicht bereit waren, ökonomische Zugeständnisse im Nord-Süd-Handel zu machen und damit Macht umzuverteilen. Gegenteilig zu den Forderungen der NIWO, die sich als internationaler Transmissionsriemen für nachholende Entwicklung verstand, weist das Konzept einer Welthauswirtschaft die Teilnahme am Wettrennen um Anteile und Standortvorteile im Weltmaßstab von vornherein zurück. Regionale Besonderheiten und Differenzen könnten so bestehen, ohne Anlaß zur Entwicklung struktureller Disparitäten zu geben; im Gegenteil: aus Differenzen könnte komplexe Diversifizierung im Wirtschaftlichen und nachgerade im Kulturellen entstehen.

Das Konzept einer Welthauswirtschaft muß mit dem konstitutiven Element der internationalen Arbeitsteilung brechen: mit der Externalisierung von Energie-, Transport- und sonstiger Infrastrukturkosten sowie der sozialen und ökologischen Folgekosten von kapitalistischer Produktion in regionaler, klassenspezifischer und zeitlicher Hinsicht. Dieses sind Kosten für jene Leistungen, ohne die kapitalistische Produktion nicht möglich wäre, die der einzelne in Form von Steuern und die Allgemeinheit in Form von Staatsausgaben zu tragen hat. Kann die Gesellschaft diese Externalisierung nicht abfangen, wie das für die Peripherie der Weltwirtschaft typisch ist, fallen sie als unbezahlte Mehrarbeit auf die Familie sowie als verschlechterte Lebensbedingungen auf den einzelnen und die Gesellschaft als ganzes zurück.

Traditionelles marxistisches Denken problematisierte ausschließlich die *Externalisierung sozialer Kosten*, das heißt die Verschiebung der Sorge für Ausbildung, Unfall-, Kranken- und Altersvorsorge in die Verantwortung der Familie oder des Staates. In der Umverteilung der sozialen Kosten sahen Marxisten einen entscheidenden Ansatz zur Kritik und auch zur revolutionären Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Welthauswirtschaftsansatz darf nicht bei der Kritik der Sozialisierung der Kosten stehenbleiben. Er erkennt die *Translozierung von Produktionskosten* als weiteres charakteristisches Merkmal kapitalistischer Akkumulation. Dazu gehört die Nutzung von Arbeitskräften in Weltregionen, deren Lohnkosten unter jenen der Kernräume der Industrieländer liegen, weil traditionelle Gemeinschaften die Kosten für die Reproduktion teilweise oder ganz tragen. Auch die Verschiebung von ökologisch bedenklichen Produktionsergebnissen (>Abprodukten<) sowie der ökologisch bedenklichen Folgen von Energiegewinnungs- und Produktionsmethoden sind darunter zu verstehen. Als weitere Erkenntnis einer umfassenden Kritik von links wartet der Welthauswirtschaftsansatz mit der Zurückweisung jeder zeitlichen Verlagerung von momentanen Produktionskosten an nachfolgende Generationen auf. Eine solche findet spätestens seit Beginn des Industriezeitalters statt, wurde aber erst mit der zunehmenden Diskussion umweltpolitischer Themen öffentlich thematisiert. Diese Art grünen Denkens, die Ablehnung der *Futurisierung von Produktionskosten*, erweitert den marxistischen Ansatz der Verschiebung sozialer Kosten beträchtlich. Bleibt die vierte Bedingung für eine

»Destrukturierung und Entkulturalisierung, das sind die beträchtlichen Kosten des Zusammenbruchs des Holismus der im Kollektiv Agierenden. ... Das Ergebnis ist eine noch akzentuiertere Atomisierung, Destrukturierung und die mit der Ablehnung absoluter Werte Hand in Hand gehende Entkulturalisierung. Der Ökonomismus wird also zur ultimativen Konsequenz des römischen Rechts.«

Johan Galtung: Der Preis der Modernisierung. Struktur und Kultur im Weltsystem. Wien 1997, S. 72f.

welthauswirtschaftliche Produktionsweise, der Kampf gegen die *Feminisierung von Kosten*, wie ihn Frauenbewegungen seit mehreren Jahrzehnten nicht ohne Erfolg führen.

Die Kritik an diesen vier kapitalistischen Kostentransfers – die die unteren Klassen, periphere Regionen, die Zukunft und die Frauen belasten, besser: ausbeuten – könnte die Basis für eine *politische Ökologie* sein, die sich der Bedeutung des Wortes bewußt ist: Oikos und logos.